

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Adreßhain, Ammeishain, Deucha, Dorsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsiebnitz, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Standitz, Threna usw.)
Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtrates zu Naunhof; es enthält Besannungen des Bezirksverbandes, der Amtshauptmannschaft Grimma und des Finanzamtes zu Grimma nach amtlichen Veröffentlichungen.

Erscheint wöchentlich 3mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachmittags 4 Uhr.
Bezugspreis: Monatlich ohne Auslagen 1.50 Mk., Post ohne Bestellgeld monatlich 1.50 Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorfahrung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 6spaltige Petitzeile 20 Pfg., amtliche 50 Pfg., Reklametext (Grp.) 50 Pfg. Tabell. Satz 50% Aufschlag. Bei unbedeutend geringen, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Irrtümer nicht haftbar.

Verantwortl. Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Günter & Co., Naunhof bei Leipzig, Markt 3

Nummer 22 Sonnabend, den 18. Februar 1928 39. Jahrgang

Amtliches.

Schulabschlussprüfung

Montag, den 20. Februar 1928, abends 7 Uhr.
Tagesordnung befindet sich im Rathaus am Brett.

Bekanntmachung.

In letzter Zeit ist darüber geklagt worden, daß namentlich von Schulkindern, Feuerwerkskörper (Frische und Anolihörche) auf den Straßen abgedrückt oder entzündet wurden. Dadurch ist eine Verletzung der Einwohnerehre erfolgt. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß diese Übertretungen nach § 367 Ziffer 8 des Reichsstrafgesetzbuches strafbar sind; sie werden in Zukunft unmissverständlich angezeigt und verfolgt werden.

Außerdem machen sich die Händler strafbar, die Feuerwerkskörper verkaufen, wenn sie die ergangenen Verordnungen nicht befolgen. Der Verkauf an Schulkindern ist verboten. Übertretungen werden nach § 367 Ziffer 5 des Reichsstrafgesetzbuches bestraft werden.
Naunhof, am 10. Februar 1928. Der Stadtrat.

Die Viehbesitzer werden auf die an der Kolstalei im Rathaus, Eingang Lange Straße 1, aushängende Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft Grimma vom 6. Februar d. J. über die Entschädigung von Viehverlusten und die Schutzimpfungen bei Schweinen, außerdem besonders aufmerksam gemacht.
Naunhof, am 16. Februar 1928. Der Stadtrat.

Kirchengemeindefest Naunhof.

Entsprechend den Bestimmungen der Kirchengemeindevorordnung vom 2. März 1921 haben wir beschlossen, morgen Sonntag, den 19. Februar, den diesjährigen

Kirchengemeindefest

zu veranstalten:
Um 11 Uhr festlicher Gottesdienst; nachmittags 4 Uhr Kirchengemeindefest im Saale des Rathshäusers.

Tagesordnung:

- Bericht über das kirchgemeindefestliche Leben Naunhofs.
 - Ausprache über alle Fragen des Lebens der Kirchengemeinde, Anträge und Wünsche.
- Wir laden zu den Veranstaltungen des Kirchengemeindefestes alle erwachsenen Gemeindeglieder herzlich ein.
Es ist dringendst jedes erwachsenen Kirchengemeindegliedes, dem Kirchengemeindefest mit seinem Gottesdienst und seiner Versammlung beizuwohnen.
Naunhof, 18. Februar 1928.
Die Kirchengemeindevorstellung daselbst.
Sahne.

Die persönlichen Vorstellungen beim Bezirksverband wegen der Gewährung von Baubehilfen haben in letzter Zeit einen Umfang angenommen, der der ordnungsgemäßen Erledigung der zunächst schon schriftlich vorliegenden Anträge nur hinderlich ist. Soweit solche Anträge überhaupt noch notwendig sind, können sie künftig nur noch gelegentlich der Bauprüfung am Mittwoch jeder Woche, im Besprechungsraum des Amtshauptmannschaft Grimma (Postfachkonto Leipzig Nr. 16 166, Gemeindegüterkonto Grimma Nr. 18, Bankkonto Reichsbank Leipzig) zu stellen.
Nach Ablauf der Woche werden die Akten ohne besondere schriftliche Einzelanmeldung durch Postnachnahme oder im Zwangsverfahren eingezogen werden.
Grimma, am 16. Februar 1928. Finanzamt.

Öffentliche Mahnung.

Vielejenigen Steuerpflichtigen, die die am 15. 2. 1928 fälligen Vorauszahlungen auf die Vermögenssteuer 1928 und Einkommensteuer 1927/28 (Landwirtschaft) und die am 15. 2. 1928 fälligen Abschlagszahlungen auf die Vermögenssteuer 1927 noch nicht geleistet haben, werden hiermit aufgefordert, die rückständigen Beträge nebst den entstandenen Verzugszinsen binnen einer Woche an die Finanzkasse Grimma (Postfachkonto Leipzig Nr. 16 166, Gemeindegüterkonto Grimma Nr. 18, Bankkonto Reichsbank Leipzig) zu zahlen.
Nach Ablauf der Woche werden die Rückstände ohne besondere schriftliche Einzelanmeldung durch Postnachnahme oder im Zwangsverfahren eingezogen werden.
Grimma, am 16. Februar 1928. Finanzamt.

Staatliche Landwirtschaftliche Schule zu Leipzig, Brüderstraße 34.

Zweijährige Volksschule mit nur Vormittagsunterricht bei längerer Unterbrechung des Unterrichts während der Ernte und der Veltageiten. Schulgeld monatlich 6.—Mk. Für die Aufnahme ist das letzte Schulzeugnis vorzulegen. Schulbeginn Montag, den 16. April, 8 Uhr. Näheres durch die Direktion.
Sprechstunden ab 15. 3. 28 bis 15. 4. 28 Mittwoch und Sonnabend von 11—12 Uhr.
J. V. Czoggon, Studienrat.

Der Metallarbeiterkonflikt vor dem Reichsarbeitsminister.

Die Schlichtungsverhandlungen im mitteldeutschen Metallarbeiterkonflikt nahmen einen ziemlich lebhaften Verlauf, da beide Parteien sich nicht zu wesentlichen Zugeständnissen bereit erklären zu können glaubten. An den Verhandlungen nahm u. a. auch ein Vertreter der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände teil. Der Vorsitzende, Ministerialrat Hauschild, unterbrach gegen 12½ Uhr die Verhandlungen, um den Parteien Gelegenheit zu geben, im eigenen Kreise darüber zu beraten, ob eine weitere Fortsetzung der freien Verhandlungen Aussicht habe oder nicht.

Wann wird gewählt?

Großwahltag in Aussicht.

Kabinettsberatungen.

Das Reichskabinett tagte Freitag von früh ab bis in die Abendstunden und beriet über die endgültige Aufstellung des parlamentarischen Notprogramms, dessen Fertigstellung und Annahme durch die Parteien gleichzeitig Klärung über den Termin der Reichstagswahlen bringen sollte. Großen Raum in den Kabinettsberatungen nahmen die landwirtschaftlichen Forderungen und Notwendigkeiten ein.

Hin und her.

io. Berlin, 17. Februar.

Das Hin und Her der politischen Verwirrung in Berlin nahm am Freitag mitunter bedrückende Formen an. Jeden Augenblick wurden sowohl im Reichstag wie in den sonstigen politisch interessierten Kreisen Gerüchte zu Tausenden kolportiert, die sich einen Augenblick später als unrichtig herausstellten. Vormittags schon lahr das Kabinett in seiner Dauerhaftigkeit mit der Ausarbeitung des Notprogramms fort; aber auch in den späteren Nachmittagsstunden dauerten diese Beratungen noch an. Im Reichstag kündigte der Präsident an, daß jedenfalls heute noch nicht die beabsichtigte Pause in den Arbeiten eintreten könnte. Unter Umständen müßte Sonnabend weitergearbeitet werden, wenn nicht gar in einer Nachsitzung die Rechte angearbeitet werden müßten und dann endgültig der Schluß käme. Natürlich durch die Auflösung, die infolge der nicht behobenen Meinungsverschiedenheiten der Parteien eintreten könnte. In der Nachsitzung sollte dann gegebenenfalls der Reichstagspräsident als Notvorsitzender ernannt werden, ehe man sich zu Wahlenarbeiten in den jeweiligen Heimatsort begibt.

Es herrschte ebenfalls allgemeine Unsicherheit, da der Wunsch des Reichspräsidenten, die dringenden Arbeiten zu erledigen, auf starke Hindernisse stieß. Einerseits war die Rede von erheblichen Forderungen für die Landwirtschaft, die über die Bewilligungsfähigkeit sowohl der bisherigen Oppositionsparteien wie auch einzelner Glieder der Regierungsparteien hinausging, auf die

über die Deutschnationalen nicht verzichten zu können glaubten. Ferner sprach man von der aus dem Zentrum gekommenen Anregung, Reichstags- und Preußenwahlen auf den gleichen Termin lassen zu lassen. Hier tauchte sofort aber der preussische Etat auf, der auch noch nicht erledigt ist und über dessen Fertigstellung man bei einer baldigen Auflösung des Preußenparlamentes stolpern könnte. Weiter soll auch der Wunsch ausgedrückt worden sein, die Landtagswahlen in Preußen mit den Reichs- und Preußenwahlen zu verbinden. Alles das war etwas viel auf einmal und man kann es sich denken, daß selbst in dem feindlichen Abgeordnetentag die Dinge etwas durcheinandergingen. Eines ist sicher: daß die Reichstagswahlen bevorstehen. Wann und wie, ließ sich Freitag nachmittags noch nicht übersehen. In der sozialdemokratischen Presse war schon die Rede von irgend-einem Märztag, andererseits wurde wieder am April oder Mai festgehalten.

Alles wartete gespannt auf die für abends angesagte Entscheidung des Reichskabinetts. Die Meinung war überall die: Falls irgendeine Einigung über die Erledigung des Notprogramms nicht herbeigeführt werden könnte, müßte die Auflösung des Reichstages sofort erfolgen. Die sozialdemokratische Fraktion hat erklärt, sie würde den Etat mit verabschieden, bedinge sich aber aus, daß die bisherigen Regierungsparteien Anträge auf Erhöhung von Positionen im Etat selbst und im Nachtragsetat von 1927 nicht stellen werden; das Equivokationsgesetz und auch ein Überleitungs-gesetz für den Strafgesetzentwurf müsse sie annehmen.

Interessant war noch eine amtliche Mitteilung, nach der Reichspräsident von Hindenburg keineswegs erklärt habe, er würde sich mit dem Auseinandergehen des Reichstages nicht einverstanden erklären, bevor nicht die landwirtschaftlichen Fragen geregelt seien. In einer landwirtschaftlichen Versammlung zu Kassel hatte ein Redner behauptet, der Reichspräsident habe diese Äußerung gegenüber einer landwirtschaftlichen Abordnung in den letzten Tagen gemacht. Das amtliche Dementi stellte fest, daß Hindenburg in den letzten acht Tagen überhaupt keine landwirtschaftliche Abordnung empfangen habe. Die Fußfählung anderer verbreiteter Gerüchte überbrüg sich, da sie eigentlich nur Zeugnis ablegen für die herrschende Erregung, im übrigen aber ohne Bedeutung sind.

Krisen im Volk — Krisen im Staat.

Zeitkrankheiten. — Schlechte Jesuren. — Die kommende Wahlkämpfe.

Wir leben in einer projektsüchtigen Zeit; die Gezeiten arbeiten lieberhaft, um mit den Nachkriegs- und Inflationshindernissen allmählich wenigstens aufzuräumen, und sogar der ewige Parat-Prozess verpricht demnächst doch noch bis zum Urteil — erster Instanz natürlich! — zu gehen. Aber alle diese mehr das politische und das geschäftliche Gebiet berührenden Prozesse werden weit in den Schatten gestellt durch die Tragödie des Steglitzer Schülermordprozesses, der wie kein anderer in die tiefsten Unter- und Hintergründe des sittlichen Lebens unserer Gegenwart hineinschneidet und deshalb mit seinen zahlreichen Nebenerscheinungen eine wahre Fundgrube für die Erkenntnis unserer heutigen gesellschaftlichen Zustände sein und bleiben wird.

Man könnte sich verhältnismäßig leicht mit den Erfahrungen dieses Prozesses abfinden, wenn man sagt, hier liegt nur ein Sonderfall vor: eine Familie, die in ungewöhnlicher und keinesfalls auch nur für bestimmte Kreise der großstädtischen Bevölkerung maßgeblicher Reifezeit ihr Haus bestellt oder vielmehr nicht bestellt und dadurch die eigenen Kinder in Not und Gefahr und durch diese wiederum andere junge Menschen und deren Angehörige ins Unglück gebracht habe. Dann dürfte man sich dabei beruhigen, mit der öffentlichen Anprangerung eines solchen Familienlebens, wie es nicht sein soll, ein weitgehend sicheres Warnungssignal ausgerichtet zu haben. Aber die Familie Scheller sagt selber von sich aus, daß man sie in der Bekanntheit noch als philisterhaft verhöhnt habe, weil sie an dem Verhalten der Kinder von Zeit zu Zeit doch noch etwas aussetzen gefunden hätte. Und die Tatsache, daß diese jungen Leute unter den Augen der Schule und der Nachbarschaft eine ganze Weile völlig ungestört sich ihrem Treiben hingeben konnten, bis ihm die Katastrophe einer durchdrachten Nacht mit ihren blutigen Analekten ein jähes Ende bereitete, widerspricht gleichfalls der bequemen Gewissensentschlüpfung, daß man auch hier nicht verallgemeinern dürfe. Nein, man soll gewiß nicht verallgemeinern, aber der aufreizenden Wirkung dieser Enthüllungen aus einem modernen Familienleben kann sich kein fühlender Mensch entziehen; und in der Tat rühren sich ja allerwärts Verbände und Zweckvereinigungen, um wenigstens irgendwelche tröstlichen Lehren aus diesen Projektberichten zu ziehen oder darüber zu beraten, was nun geschehen müsse, damit dem freßenden Abel dieser Zeitkrankheiten Einhalt getan werde. Darüber bedarf es gewiß gar keines Beweises, daß unsere Jugend im ganzen nicht so beschaffen ist wie die traurigen Helden dieses Prozesses, die lebenden und die toten. Aber wir wollen, daß sie auch so nicht wird und daß also die Ursachen, die den Günter Scheller und den Hans Stephan und auch den Paul Krany zu so hinfälligen Erscheinungen

der jungen Generation gemacht haben, beseitigt werden. Und so betrübend es ist, es muß doch hinzugefügt werden, daß auch die Handhabung der Justiz in diesem Falle selber sich nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe gezeigt hat. Das gilt für die beteiligte Staatsanwaltschaft ebenso wie für die Verhandlungsführung und zuletzt auch für den Vertreter der Rechtsanwaltschaft, der gerade im kritischsten Augenblick seinen jungen Mandanten im Stich zu lassen für richtig gehalten hat. Hier wird es an allen Ecken und Enden die bessere Hand anzulegen geben, wenn erst der Prozess zu Ende geführt sein wird.

Einstweilen ist er an menschlichen, also menschlichen Unzulänglichkeiten gescheitert, genau so wie unsere Reichsregierung. Ein vor ziemlich genau einem Jahr begonnenes Experiment ist früher, als es eigentlich beabsichtigt war, zu Ende gegangen, und die Abgangsergebnisse, die die beteiligten Parteien sich gegenseitig ausstellen und die ihnen insgesamt von ihren politischen Gegnern ausgehakt werden, klingen nicht weniger als glänzend.

So gilt es nun, die ganze Kraft ungefümt auf die nächste Zukunft zu konzentrieren und einen neuen Reichstag aus den Wahlen hervorzubringen zu lassen, der leichter Koalitionsbildungen ermöglicht, als sie in den letzten Jahren gelingen wollten. Die Linksparteien hoffen auf das Mehr von 30 Mandaten, das ihnen bisher gefehlt hat, um allein, aus eigener Kraft, die neue Regierung zu stellen und die Geschäfte in Preußen, ähnlich, wie sie es in Preußen seit vielen Jahren tun, ohne Rücksicht auf abweichende Meinungen und Weltanschauungen zu führen. Die Rechtsparteien werden sich natürlich gegen die ihnen zugedachte Entmachtung nach Kräften zur Wehr setzen — nur kann man vorläufig noch nicht recht wissen, in welcher Schlachtordnung sie ihrerseits in den Wahlkampf hineingehen wollen. Denn zwischen Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei ist plötzlich ein breiter Riß entstanden, und das Zentrum, das bei den wahrscheinlich gleichzeitig vorzunehmenden Preußenwahlen die dortige Koalition mit den Sozialdemokraten zu verteidigen und zu erneuern haben wird, ist im Reich unberücksichtigt in eine weltanschauliche Gesinnungs- und Kampfgemeinschaft mit den Deutschnationalen hineingeraten. Es wird für die Parteien nicht ganz einfach sein, die Wähler im Lande über die sich so ergebenden politischen Zusammenhänge und Gesänge einigermaßen einleuchtend zu orientieren. Dr. Sp.

Die Regierung über das Notprogramm einig.

Berlin. Wie aus gut unterrichteter Quelle verlautbart wird, führte das Reichskabinett seine Beratungen über das Arbeitsprogramm zu Ende. Es ist eine Einigung über die Maßnahmen, die noch bis zum Rücktritt der Regierung ausgeführt werden sollen, zustande gekommen. Dieses Arbeitsprogramm ist dem Interfraktionellen Ausschuss zugewiesen worden.